Rudolf Neumann:

Die Wirtschaftsentwicklung der baltischen Staaten nach Eingliederung in die Sowjetunion*

Die politischen Vorgänge 1940/41 und 1944/45

Um die Jahresmitte 1940 wurden die seit 1918 selbständigen und unabhängigen baltischen Staaten entgegen dem klaren Wortlaut der zwischen ihnen und der UdSSR abgeschlossenen internationalen Verträge nach 24-stündigem Ultimatum von sowjetischen Truppen besetzt. Unter ihrem Druck folgten Scheinwahlen, wonach die daraus hervorgegangenen, vom „Block des werktätigen Volkes“ beherrschten Parlamente fast gleichzeitig beschlossen, die baltischen Freistaaten in Sowjetrepubliken umzuwandeln und um Aufnahme in die Sowjetunion zu bitten. Nachdem am 6. August 1940 der Oberste Rat der UdSSR dieser „Bitte“ entsprochen hatte¹, konnte die Sowjetregierung die politische und wirtschaftliche Eingliederung dieser Staaten in den Bestand der UdSSR in Angriff nehmen.

Bei Ausbruch der deutsch-russischen Feindseligkeiten (Juni 1941) waren die baltischen Staaten nach sowjetischer Auffassung staatsrechtlich Bestandteil der UdSSR, danach auch ihre Wiederbesetzung 1944 nur Rückgewinnung vorübergehend verlorengegangenen Staatsgebiets.

Erste wirtschaftspolitische Maßnahmen der Sowjetunion

a) **Allgemeine Entwicklung:** Obwohl die Vertreter der Sowjetunion (in Estland Ždanov, Lettland Vysinskij, Litauen Dekanosov) vor und während den Wahlen beruhigende Erklärungen abgegeben hatten und der Bevölkerung, zumal den Bauern, in den Wahlprogrammen „Unantastbarkeit der Person und das Eigentum aller Bürger“ zugesichert worden war, wurden fast unmittelbar nach Ausrufung der baltischen Sowjetrepubliken — unverkennbar nach vorgefaßtem, einheitlichem Plan — zwei Deklarationen entgegengesetzten Inhalts von den Parlamenten „einstimmig“ angenommen.

Die erste „Deklaration“ erklärte den gesamten Grund und Boden nebst Seen, Flüssen und Bodenschätzen zum „Eigentum des Volkes“, d. h. zum Staatsbesitz. Den Bauern verblieb nur ein Nutzungsrecht für 30 ha Bodenfläche (diese Grenze wurde später noch gesenkt!); die überschießenden Flächen wurden einem „Staatslandfond“ zugewiesen.

Der zweite Beschluß galt den „großen“ Industrie- und Handelsunternehmen und Banken, die ebenfalls zu „Volkseigentum“ erklärt, d. h. ver-

*) Für die Darstellung hat der Verfasser weitgehend verfügbare Arbeiten über die baltischen Wirtschaftsverhältnisse und deren Entwicklung nach 1940 benutzen können.

1) Die Eingliederung ist von den USA völkerrechtlich nicht, von Gr. Britannien nur de facto anerkannt worden, Schweden hat sie de facto und de jure gebilligt.

staatlich wurden. Nähere Begriffsbestimmung der „Großunternehmen“ unterblieb; dabei wurde die Liste dieser Unternehmen von den kommunistischen Regierungen der neuen Sowjetrepubliken später laufend erweitert.

Die baltischen Staaten besaßen eigene Währungen, so daß auch in dieser Hinsicht eine Angleichung erfolgen mußte. Da die politische Umwälzung das Vertrauen zur Stabilität der bisherigen Landeswährungen erschüttert hatte und umfangreiche Warenhortungen einsetzten, zeigten sich bald Warenknappheit und entsprechender Währungsverfall. Bereits im Oktober mußte eine allgemeine Erhöhung der Warenpreise vorgenommen werden, wodurch die eben erst durch Lohn- und Gehaltserhöhungen gewährten Vorteile weitgehend aufgehoben wurden. Ab November 1940 wurde — zunächst noch neben der bisherigen Eigenwährung, die später ganz beseitigt wurde — die Sowjetwährung als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt. Das Verhältnis der Währungen — z. B. in Lettland 1 Rubel = 1 Lat — war für die Bevölkerung höchst ungünstig, da sich dadurch die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter sprunghaft um 60—400 v. H. erhöhten.²

Man bemühte sich, die Stimmung der Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten durch Lohnerhöhungen zu heben. Ab Juli 1940 erhielten die niedrigen Staatsbeamten höhere Gehälter, während gleichzeitig die Bezüge der höheren Gruppen gesenkt wurden.

Die Reallöhne der Arbeiter waren in den baltischen Staaten höher als in der Sowjetunion gewesen. Daher sicherte man der Arbeiterschaft Erhöhung der Nominallöhne bis zu den höchsten Sätzen der Sowjetunion zu, um die Verstimmung durch die steigende Teuerung wenigstens teilweise auszugleichen. Noch ungünstiger war die Entwicklung der Gehälter für Angestellte der Industrie, Lehrer, Ärzte usw. Waren auch, z. B. in Lettland, in der ersten Zeit der Sowjetherrschaft die Gehälter der Staatsbeamten in Rubeln 50—70 v. H. höher als in Lat, so bewirkte doch die ungleich stärkere Steigerung der Lebensmittel- und Verbrauchsgüterpreise gegenüber der Zeit der Eigenstaatlichkeit eine starke Kaufkraftsenkung der Gehälter.

b) Die Industrie: Die Sozialisierung erfolgte schrittweise. Zunächst wurden die Industrieunternehmen mit 20 und mehr Arbeitern verstaatlicht; später wurde diese Beschäftigungsgrenze gesenkt. Die von der Regierung eingesetzten Staatskommissare waren ermächtigt, die Verfügungen des bisherigen Besitzers aufzuheben. blieb dieser noch — als unentbehrlicher Angestellter — im Betriebe, so waren seine Verfügungen nur mit Gegenzeichnung des Staatskommissars gültig. Sehr bald wurde aber versucht, den früheren Eigentümer durch den Vorwurf der „Sabotage“ aus seinem Betriebe zu entfernen, wobei er jedoch trotz des Verlustes der Einkommensquelle zur Zahlung von Betriebsschulden verpflichtet blieb. Diese Maßnahmen hatten, wie zahlreiche Rügen in der Presse der baltischen Sowjetrepubliken zeigen, recht uner-

2) Die Preise stiegen für Baumwollgewebe um 110 v. H., Wollstoffe um 400 v. H., Schuhe um 140 v. H., Kunstseide um 320 v. H.

wünschte Folgen: Die Arbeitsdisziplin der Beschäftigten sank, mit ihr auch Menge und Güte der Industrieerzeugung.

Die nationalisierte Industrie wurde in drei Gruppen geteilt: unionswichtige, republikwichtige und Lokalindustrien. Die Betriebe wurden den entsprechenden Volkskommissariaten unterstellt. Die Volkskommissare und ihre Stellvertreter, oft auch die Staatskommissare in den Betrieben, waren meist in der Sowjetunion geschulte Rußland-Letten, -Esten und -Litauer und Juden.

c) Die Landwirtschaft: Die Sowjetunion traf im baltischen Raum auf die Tatsache, daß die radikalen Agrarreformen der baltischen Staaten bereits in den 20er Jahren den Großgrundbesitz beseitigt hatten und für die Agrarstruktur dieser Gebiete die mittelbäuerliche Wirtschaftsform entscheidend geworden war. Die sowjetische Führung konnte daher nur langsam vorgehen. Noch nach den Wahlen äußerte sich z. B. der zweite Sekretär der Kommunistischen Partei Lettlands, Spure, dahin, daß an Einführung des Kolchos niemand gedacht habe; dieser könnte, weil für Lettland ungeeignet, hier gar nicht errichtet werden.³ Als trotz dieser Versprechen und Zusicherungen der gesamte Grund und Boden nationalisiert wurde und den „Arbeitsbauern“ ihr bisheriger Besitz nicht als Eigentum, sondern nur zur Nutzung — dazu nur bis 30 ha — verblieb, zeigte sich der Plan der Sowjetunion, auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor weitergehende Ziele, wenn auch ohne Überstürzung, anzustreben. Zunächst sollte vor allem der Schlag gegen die bedeutsame Stellung der größeren Bauern geführt werden. Die deutsche Besetzung unterbrach diese Entwicklung. Danach wieder aufgenommen und ab 1949 verstärkt, führte sie zur zwangsweisen Bildung von Kolchosen, die heute die Agrarstruktur der baltischen Sowjetrepubliken bestimmen.⁴

d) Verkehr: Auch im Verkehrswesen vollzogen sich seit der Eingliederung der baltischen Republiken entscheidende Veränderungen. Die wichtigsten Bahnen und Chausseen stammten überwiegend noch aus der Zeit der Zugehörigkeit zum kaiserlichen Rußland; das Bahn- und Straßennetz entsprach also im wesentlichen den Grundsätzen und Erfordernissen der gesamtrussischen Wirtschaft.⁵ In der Zeit der Eigenstaatlichkeit war versucht worden, bei Entwicklung der neuen Volkswirtschaften die übernommenen Teilstrecken zu einem einheitlichen Netz auszubauen. Estland und Lettland hatten hierbei größere Fortschritte erzielt als Litauen.

Die Sowjetunion knüpfte nun ganz bewußt an die russischen Traditionen an. Die baltischen Eisenbahnen wurden dem Moskauer Volkskommissariat für das Verkehrswesen unmittelbar unterstellt bzw. in das russische, jetzt sowjetische

3) vgl. A. Ceichners, Was Europa drohte. Riga 1943. S. 361.

4) 1950 wurden in Lettland 4 100, in Estland rd. 3 000 Kolchose gezählt. Ihre Zahl sank durch Zusammenlegung zu Großkolchosen 1952 in Lettland auf 1 503, in Estland auf 1 055. Für Litauen fehlen entsprechende Angaben.

5) vgl. dazu R. Brenneisen, Lettland, das Werden und Wesen einer neuen Volkswirtschaft. Berlin 1936. S. 77 u. ff.

Bahnssystem eingegliedert. Leiter der Eisenbahnverwaltungen der baltischen Sowjetrepubliken wurden Russen, von denen z. B. der erste Chef der lettischen Bahnen, Worobjov, erklärte: „Um zu verstehen, wie groß die Bedeutung unserer Eisenbahn ist, genügt es daran zu erinnern, daß vor dem imperialistischen Kriege durch die Häfen Lettlands — Riga, Libau und Windau — 21% der gesamten Ausfuhren Rußlands gingen.“⁶

Die bürokratische Verkehrs- und Arbeitsorganisation des sowjetischen Eisenbahnwesens wurde auf die baltischen Staaten übertragen; bis zur deutschen Besetzung (Juni 1941) hatte sich das Betriebspersonal der lettischen Bahnen gegenüber 1939 bereits verdoppelt. Die Zurückhaltung der Waggons in der Sowjetunion bewirkte bald einen fühlbaren Mangel an rollendem Material, während gleichzeitig die Chausseen durch militärische Beanspruchung (Panzer- und Schwerlastkraftwagen) erheblich litten.

Die baltischen Sowjetrepubliken im ersten Nachkriegs-Fünfjahrplan der UdSSR (1946—1950)

Unmittelbar nach der Besetzung im Jahre 1940 wurde auch das planwirtschaftliche System der UdSSR auf die baltischen Länder übertragen. Hauptziel war die gesteigerte Industrialisierung dieser Länder; weitere Ziele betrafen: Erschließung von Rohstoffquellen und Brennstoffvorkommen, Ausbau der Landwirtschaft. Die Oberste Staatliche Plankommission der UdSSR entsandte besondere Bevollmächtigte zur Organisation der Planungen. Der Wirtschaft der baltischen Staaten wurde damit das ganze Netz der Planbehörden mit ihrem bürokratischen Verfahren aufgebürdet, so daß sich bald auch hier die aus der Sowjetunion bekannten Systemschwierigkeiten bemerkbar machten. Rohstoffversorgung und Brennstoff- sowie Strombelieferung der Industrie zeigten Stockungen. Der Handel verlor seine Flüssigkeit; Menge und Güte der Produktion sanken. Nur durch die verhältnismäßig hohen Warenreserven aus der Zeit der Eigenstaatlichkeit konnten zunächst noch manche Lücken geschlossen werden, bis der „Ausverkauf“ durch sowjetische Käufer die Läger räumte. Die Ereignisse vom Juni 1941 machten dem Planwirtschaftssystem vorläufig ein Ende.

Im sowjetischen Fünfjahrplan für 1946—1950 sind die baltischen Staaten bereits als integrierender Bestandteil der Volkswirtschaft der UdSSR enthalten. Über Einzelheiten der Produktionsziele, besonders für die Industrie, unterrichten folgende, dem amtlichen Plan entnommene Zahlen⁷:

	Estland	Lettland	Litauen
Stromerzeugung (Mill. Kwh)	395	275	190
Ölschiefer (1000 t)	8 410	—	—
Torf (1000 t)	319	564	822
Papier (1000 t)	35	34	17

6) vgl. A. Ceichners, S. 469.

7) Gesetz über den Fünfjahrplan zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR 1946—1950, Moskau 1946 (russisch), hrsg. vom Kriegsministerium der UdSSR; für Litauen: S. 79, Lettland: S. 82, Estland: S. 91.

	Estland	Lettland	Litauen
Holz (1000 fm)	2 050	4 500	3 000
Zement (1000 t)	160	270	—
Fensterglas (1000 qm)	1 400	900	700
Baumwollgewebe (Mill. m)	121,4	25	—
Schuhwerk (1000 Paare)	—	1 660	—
Butter (1000 t)	9	18	12
Fleisch (1000 t)	20	28	28
Zucker (1000 t)	—	34	25
Spiritus (1000 dl)	600	1 700	500
Fischanlandungen (1000 t)	20	20	15

a) Estland: Die „Estnische Sozialistische Sowjetrepublik“ (ESSR) ist unter den baltischen Ländern das Land, für das im Staatshaushalt der UdSSR die größten Mittel für Investitionen, besonders in der Industrie, bewilligt worden sind. Für die Jahre 1946—50 sollten in der ESSR Kapitalinvestitionen im Betrage von 3,5 Mrd. Rbl. erfolgen.

Die Olschieferindustrie bildet den wichtigsten Schwerpunkt der sowjetischen Industrieförderung. Der Olschiefer ist nach Verarbeitung besonders für die sowjetische Kriegsmarine, als Rohstoff für die Gasbelieferung der zweiten Hauptstadt der Sowjetunion Leningrad und für die Brennstoffversorgung von Industrie und Verkehr von besonderer Bedeutung. Daher wurden erhebliche Mittel in neuen Grubenanlagen sowie in großen Gasfabriken investiert, die mit Ferngasleitungen über 1 Mill. Einwohner Leningrads, seit 1952 auch die Hauptstadt der ESSR Reval mit Gas versorgen. Die Kapazität der Raffinerien wurde ebenfalls erweitert.

Die Sowjetunion bemüht sich ferner um den Wiederaufbau der Textilindustrie; „Krähnholm“ bei Narva und die „Baltische Manufaktur“ in Reval arbeiten zusammen mit kleineren Fabriken wieder wie vor 1914 für die Märkte des Ostens. Die in der Zeit der Selbständigkeit Estlands wegen Absatzmangel daniederliegende Metall-, Waggon- und Wertindustrie Estlands, zumal in Reval, ist mit besonderem Nachdruck wiederaufgebaut worden. Dieser Zuwachs an qualifizierten Arbeitern war der Sowjetunion bei ihrem Mangel an Werftkapazität besonders willkommen. Die Produktion der erweiterten Zementfabriken, darunter Port Kunda, dient zahlreichen Bauvorhaben nicht nur in Estland, sondern auch in der Sowjetunion, vor allem in Leningrad. Die estnische Papier- und Zellstoffindustrie belieferte neben Estland auch Leningrad; u. a. ist die neue Universität in Moskau mit Sperrholzmöbeln aus Reval ausgestattet worden.

Durch Rohstoff- und Stromknappheit sowie Arbeitermangel konnten die Planziele der Industrie der ESSR — selbst im Schwerpunkt Olschieferindustrie — bis 1950 nicht voll erreicht werden. Nach glaubwürdigen Angaben deutscher Heimkehrer wurde das Plansoll (8,4 Mill. t Rohölschiefer) nur zu 50 v. H. erfüllt. Große Fortschritte sind unverkennbar. Die geplante

Ansiedlung von 200 000 Arbeitern im Olschiefergebiet ist noch nicht verwirklicht, immerhin zählt das Zentrum dieser Industrie, Kohtla-Järve, bereits über 30 000 Einwohner (darunter über 50 v. H. Nichtesten).

Estlands landwirtschaftliche Erzeugung erfüllte infolge der nach der Kollektivierung gesunkenen Erträge nicht die sowjetischen Erwartungen. Im Gegensatz zur Zeit der Eigenstaatlichkeit reicht die landwirtschaftliche Erzeugung nicht zur Bedarfsdeckung der Bevölkerung aus, so daß Lebensmitteleinfuhren aus anderen Teilen der UdSSR notwendig wurden.

b) **Lettland:** In der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik (LSSR) sollten die Kapitalinvestierungen 1946—50 die Höhe von 2,05 Mrd. Rbl. erreichen. Bei dem Wiederaufbau der Wirtschaft Lettlands bietet die Versorgung mit Brennstoffen, Strom und Rohstoffen die größten Schwierigkeiten. Daher wurde die Torfgewinnung stark ausgebaut, Olschiefer aus Estland herbeigebracht und der Wiederaufbau bzw. Ausbau der Kraftwerke besonders gefördert. Bis 1950 sollten die Kraftwerke, einschließlich des im Zweiten Weltkriege gesprengten Dünakraftwerks von Keggum, 82 000 Kw Leistung erreichen.

Der Fünfjahrplan sah den Wiederaufbau folgender Großbetriebe vor: Russisch-Baltische Waggonfabrik in Riga (seit 1918 stillgelegt), Schiffsreparaturwerften, Lokomotiv- und Eisenbahnwagen-Reparaturwerkstätten, Zementfabriken, Metallbearbeitung „Krasnyj Metallurg“, Superphosphatwerk Riga-Mühlgraben, elektrotechnische Werke. Lettlands Elektro-Industrie ist mit ihrer Facharbeiterschaft ein wichtiger Lieferant für die Sowjetunion, besonders für die elektrifizierten Eisen- und Straßenbahnen, geworden. Auch die Werften in Riga und Libau sind heute vollbeschäftigt und teilweise erweitert.

Die Landwirtschaft ist in Lettland — ebenso wie in Estland — heute nicht in der Lage, den Eigenbedarf der Bevölkerung zu decken, so daß Getreideinfuhren, u. a. aus der Ukraine, notwendig geworden sind.

c) **Litauen:** Die Litauische Sozialistische Sowjetrepublik (LitSSR), die früher nur eine schwach entwickelte Industrie aufwies, erhielt in dem jetzt dazugehörigen Wilnagebiet (Industrien von Wilna und Grodno) eine beachtliche Verstärkung ihrer Industriekapazität. Im Fünfjahrplan für 1946—50 waren für Investitionen in Litauen nur 1,535 Mrd. Rbl., d. h. weniger als für Estland oder Lettland, vorgesehen. Auch hier soll ein stärkerer Ausbau der Industrie erfolgen. Genannt werden Fabriken für Metallwaren, landwirtschaftliche Erzeugnisse, ein Zementwerk, Textil- und Lederwerke. Zur Sicherung der Brennstoffgrundlage wird auch in Litauen die Torfgewinnung erheblich gesteigert.

Die Erzeugung der litauischen Landwirtschaft, deren niedriger Stand von der Sowjetpresse beklagt wird, dürfte im wesentlichen den Eigenbedarf des Landes gedeckt haben.

Die Aufgaben der baltischen Sowjetrepubliken im zweiten Nachkriegs-Fünfjahrplan der UdSSR (1951—1955)

In dem Fünfjahrplan der UdSSR für 1951—55 sind die baltischen Sowjetrepubliken wiederholt erwähnt (Estland bzw. estländische Ortsnamen 18 mal, Lettland und Litauen je 17 mal).⁸ Diese Tatsache kennzeichnet die Bedeutung, die die Sowjetunion der Wirtschaftsentwicklung ihrer baltischen Teilrepubliken beilegt. Eine nach Ländern gegliederte Darstellung der wichtigsten Planaufgaben ist jedoch unmöglich, da bei Abschluß dieser Arbeit zusammenfassende Veröffentlichungen über die Planziele in den baltischen Republiken für 1951—55 noch ausstanden.

Auf industriellem Gebiet wird den drei Republiken aufgegeben, in der Zeit von 1951—55 zur Sicherung des weiteren Industriausbaus die Stromerzeugung um das Zwei- bis Zweieinhalbfache zu steigern. U. a. sollen ein großes Wasserkraftwerk an der Narve, ein neues Wärmekraftwerk in Riga, sowie ein Wasserkraftwerk am Njemen (bei Kaunas) entstehen. Vorbereitungen für den Bau zusätzlicher Wasserkraftwerke im baltischen Raum, u. a. an der Düna bei Stockmannshof (Plavinas) sollen aufgenommen werden.

Estland bleibt weiterhin wegen seiner Ölschiefervorkommen besonders wichtig. Die Förderung soll bis 1955 um das 2,3 fache erhöht werden. Neben den bereits tätigen Gasfernleitungen nach Leningrad und Reval sollen weitere Leitungen nach Dorpat und Riga entstehen. Durch Steigerung der Rohölschiefergewinnung soll sich die Gaserzeugung der ESSR um das 2,2 fache, die Herstellung flüssiger Treibstoffe um 80 v. H. erhöhen.

Alle drei Republiken sollen die Kapazität ihrer Werften steigern. Unter Auswertung der bisherigen Erfahrungen soll auch die Leistung der Elektromaschinenindustrie erhöht werden. Bereits heute sind Erzeugnisse der Elektroindustrie der baltischen Sowjetrepubliken, u. a. Telefon- und Rundfunkapparate, Elektromotore, U- und Straßenbahnwagen, im Gesamttraum der Sowjetunion verbreitet. Für Lettland und Litauen ist ferner der Bau von Werkzeugmaschinenfabriken, dazu für Litauen die Produktion von Turbinen vorgesehen. Nachdem bereits in Riga eine Superphosphatfabrik arbeitet, ist die Errichtung solcher Werke auch für Estland und Litauen geplant.

Nicht besonders erwähnt ist die aus zahlreichen Pressemeldungen bekannte Teilnahme der baltischen Waggonfabriken an der Belieferung der sowjetischen Bahnen mit rollendem Material.

Für sämtliche baltischen Sowjetrepubliken ist eine Steigerung der Fischanlandungen (80—390 v. H.) vorgesehen.

Hinsichtlich der Landwirtschaft liegt der Schwerpunkt der sowjetischen Planung für 1951—1955 bei der Entwicklung einer Hochleistungs-Viehzucht in den baltischen Sowjetrepubliken. Die Futtergrundlage soll durch Meliorationen verbreitert, zusätzliche Acker- und Weidefläche durch Trockenlegung

8) „Pravda“ vom 12. 10. 1952.

von Sümpfen gewonnen werden. Die technische Ausrüstung der Landwirtschaft soll durch Ausbau des Netzes der Maschinen- und Traktorenstationen verbessert werden.

In verkehrspolitischer Hinsicht wird in allen drei baltischen Sowjetrepubliken Erneuerung und Ausbau des Eisenbahnnetzes festgelegt. Es sollen nicht nur die noch vorhandenen Kriegsschäden beseitigt, sondern auch zweite Gleise gelegt und weitere technische Verbesserungen, z. B. im Signalwesen, eingeführt werden. Der Plan erwähnt auch die Notwendigkeit, die Binnenschifffahrt auf Njemen und Dūna auszubauen. An großen Brückenbauten sind eine neue Dūnabrücke bei Riga, sowie eine Brücke über den Njemen bei Kaunas vorgesehen. Die Seeschifffahrt soll u. a. durch den Ausbau der Häfen Riga und Memel gefördert werden. Gegenüber dem Jahrfünft 1946—1950 soll 1951—55 in den baltischen Ländern der Bau von Autostraßen (Straßen mit fester Decke) um 50 v. H. erhöht werden.

*

Der Fünfjahrplan 1951—1955 verfolgt somit dieselben Ziele, die sich bereits bei der ersten Eingliederung der baltischen Staaten in die Planwirtschaft der Sowjetunion abzeichneten. Die neuen sowjetischen Regierungen knüpfen entweder an die industrielle Tradition des kaiserlichen Rußland an — wobei die stärker agrarwirtschaftlich betonte Periode 1918—1940 übersprungen wird — oder es werden überhaupt neue Fabriken und Betriebe errichtet, die zur Bedarfsdeckung für den Gesamtmarkt der UdSSR beitragen sollen. Im Zuge der Integration werden die vorhandene industrielle Tradition und die qualifizierte Arbeiterschaft der baltischen Länder bewußt zugunsten der sowjetischen Gesamtwirtschaft eingesetzt. Die wiederaufgebauten oder neuerrichteten Fabriken erhielten dabei Maschinen und Ausrüstungen sowie Rohstoffe aus allen Teilen der Sowjetunion, z. B. kamen die Maschinen für die Textilindustrie der baltischen Sowjetrepubliken nicht nur aus den Industriezentren Leningrad und Moskau, sondern sogar aus Mittelasien (Taschkent).

Durch den Ausbau der Industrie hat sich die Arbeiterschaft in den Städten, vor allem in Riga, Reval, Libau und Wilna, stark erhöht. Da der Bedarf an Arbeitskräften aus den baltischen Ländern allein nicht gedeckt werden konnte, ist ein erheblicher Zustrom zusätzlicher Arbeitskräfte aus dem Innern der Sowjetunion zu verzeichnen. Er hat wesentlich dazu beigetragen, den russischen Bevölkerungsanteil in den Städten der baltischen Sowjetrepubliken zu verstärken.

Der Landwirtschaft schreibt der Fünfjahrplan 1951—1955 vor, die Lebensmittelerzeugung soweit zu steigern, daß der Eigenbedarf der Bevölkerung der baltischen Sowjetrepubliken an Grundnahrungsmitteln gedeckt werden kann. Damit wird bis 1955 ein landwirtschaftliches Produktionsziel gesetzt, das in der Zeit der baltischen Eigenstaatlichkeit in den Jahren 1934—40 bereits voll erreicht war. Damals wurde nicht nur der Eigenbedarf der Be-

völkerung gedeckt, sondern auch eine erhebliche Menge anderer Lebensmittel, insbesondere Butter, ausgeführt. Einstweilen sind die baltischen Länder — seit ihrer Eingliederung in die Sowjetunion und der Einführung des Kolchos-Systems — hinsichtlich ihrer Ernährung von Einfuhren aus anderen Teilen der UdSSR abhängig.

Andreas von Weiss:

Mehrsprachigkeit als Aufgabe in Osteuropa

I.

Die Vielfalt der Völker und Sprachen spiegelt das Schicksal Osteuropas. Im menschlichen Neben- und Miteinander ist daher die Mehrsprachigkeit für die Bewohner Osteuropas eine lebenswirkliche Notwendigkeit geworden. Von dieser Feststellung ist bei jeder Auseinandersetzung mit dem Problem der Mehrsprachigkeit in Osteuropa auszugehen.

Jeder geschichtlich gewordene Zustand kann erklärt werden. Die Auseinandersetzung des Menschen mit seiner Umwelt kann beschrieben werden. Will man aber zu diesem Zustand positiv oder negativ bewertend Stellung nehmen, dann muß man auf allgemeine Lebensprinzipien zurückgehen. Eine Stellungnahme zum Problem der Mehrsprachigkeit, die von vorgefaßten Meinungen oder Teilgebieten des Fragenbereichs ausgeht, wird am Wesen der Sache vorbeigehen müssen. Die Behandlung der Mehrsprachigkeit als ein Problem der Pädagogik, der Volkstums- und Schulpolitik wird zu keiner richtigen Antwort führen. Die Mehrsprachigkeit ist ein allgemein sprachliches Problem und kann nur bei einer Auseinandersetzung mit der Frage, was Sprache überhaupt im Leben des Menschen und für diesen bedeute, gelöst werden. Das Problem der Mehrsprachigkeit ist einbegriffen in dem Problem der menschlichen Sprachigkeit überhaupt. Die Sprachigkeit des Menschen ist diejenige menschliche Daseinsform, die sich durch den Gebrauch der Sprache seitens des Menschen kundtut. Diese Daseinsform ist nur sozial denkbar. Sprachigkeit ist ohne menschliche Gemeinschaft nicht vorstellbar. So wird sie immer die Pole Individuum/Eigensprache und Umwelt/Fremdsprache (Sprache der Umwelt) umspannen müssen. Dies ist das Problem der Sprachigkeit: wie kann der einzelne zur Umwelt sprechen, wie kann er sich in der Daseinsform der Sprachigkeit auswirken, so daß die Umwelt ihn und er die Umwelt versteht? Es sei gleich hier festgestellt, daß darin auch das Problem der Mehrsprachigkeit beschlossen liegt.

Eine kurze Erläuterung des Wesens der menschlichen Sprache ist hier unerläßlich. Jedes Sprachwort gewinnt für den Menschen individuelle Bedeutung als Bezeichnung eines erkenntnismäßig erfaßten Gegenstandes. Da sich jeder